

Bezugspreis:
Hefepreis 4 7/8 Mk. monatl. 1 2/3 Mk.
Jahrespreis 54 1/2 Mk.
Einzelne
Nummern 10 Pfennig.
Halbjahrespreis 27 1/2 Mk.
Ergänzung
blätter: Unser Anzeiger für
Deutschland u. Österreich-Ungarn 4 1/2 Mk.
für das übrige Ausland 4 5/8 Mk.
bei
jährlich einmaligen Lieferung 2 5/8 Mk.
Halbjährliche Lieferungen in
Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden
und die Schweiz.
eingetragen in die
Ver.-Anzeiger-Verzeichnisse.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Standardzeile
kostet 10 Pf.
„Kleine Anzeigen“,
das ist gedruckt: 40 Pf.
3 teigebundene Worte, jedes halbes
Wort 10 Pf.
Stellenangebote und
Schlüsselanzeigen das selbe Wort
20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
Worte über 16 Buchstaben zahlen
zwei Worte.
Lehrerangelegenheiten,
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen
20 Pf.
die freie.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
S. 2. 24.
Lindenstraße 3.
abgegeben
werden.
Größere von 9 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15 190-15 197.

Dienstag, den 14. Januar 1919

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11 753-54.

Das Dokument der Schuld.

An das deutsche Volk!

Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle heiligen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte.

Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes gewiß, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Gräueltaten mit allen Mitteln zu verhindern. Nach dem eine in ihren Anfängen politische Bewegung zu einem wüsten Verbrechertreiben ausgeartet ist, könnte es für die Urheber neuer Attentate auf die Sicherheit des Lebens, neuer willkürlicher Angriffe auf das Eigentum, neuer Störungen unserer freiheitlich-republikanischen Ordnung keine Schonung mehr geben.

Am 19. Januar tritt das deutsche Volk an die Wahlurne, um sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Das Volk der deutschen Republik ist der Träger der Staatsverantwortung: Wer in seine freie Willensbetätigung gewaltsam eingreift, begeht ein schweres Staatsverbrechen und muß auf strengste Bestrafung gefaßt sein.

Die Nationalversammlung, die am nächsten Sonntag nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden wird, soll die Verfassung des deutschen Reichs bestimmen, die Regierung nach ihren Wünschen zusammensetzen und über den abzuschließenden Frieden beschließen lassen.

Die gegenwärtige Regierung bereitet für sie den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor allen gegenrevolutionären oder terroristischen Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erreichen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sicherstellt und die Gründung eines Völkerbundes zum sicheren Schutz gegen neue Kriegsgefahren ermöglicht.

Die Festhaltung der nationalen Besitzverteilung im Osten kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den polnischen Annexionsismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht bezagen wird.

Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen, die uns mit kriegerischer Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde.

Wollschweiß ist Tod des Friedens, Tod der Freiheit, Tod des Sozialismus, der nur in aufbauender Arbeit sein Werk, die Befreiung des schaffenden Volkes aus Kesseln wirtschaftlicher Ausbeutung, vollenden kann. Dieser Sozialismus will das Wirtschaftsleben nicht erdrücken, sondern neu erwecken. Mühselig zu geordneter Arbeit ist dafür die erste Voraussetzung.

Die gegenwärtige Regierung besteht aus Vertretern der Arbeiterklasse, aus Sozialdemokraten. Sie kann nur handeln nach ihren eigenen politischen Grundgesetzen, deren Anwendung nach ihrer Überzeugung das Wohl des ganzen Volkes dient. Über ihr steht niemand als das Volk selbst, das in freier Entscheidung ihr Programm verworfen oder billigen kann.

In Treue zu unserem Volk, in Treue zu unserer Überzeugung werden wir unser schweres Amt weiterführen oder von ihm willig zurücktreten, je nachdem wie die Entscheidung des Volkes ausfällt. Meiden wird uns die Gewißheit, daß die Sache, zu der wir und Millionen mit uns zeit lebens in Not und Gefahr gestanden sind,

die Sache der Demokratie und des Sozialismus,

nach blutiger Verwirrung schließlich doch zum Siege gelangen, und daß dieser Sieg ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen wird zum Heil unseres Volkes und der ganzen Menschheit.

Die Reichsregierung:
Ebert, Scheidemann, Landsberg, Rosa,
Mißel

Die Harmlosen.

Am 6. Januar erschien vor dem Kriegsministerium ein Trupp von etwa 300 Bewaffneten unter Führung eines Matrosen aus dem Marstall mit dem Auftrag, das Kriegsministerium zu besetzen. Leutnant Hamburger empfing den Führer, der ihm das anbei abgebildete Schriftstück vorwies - jedoch zunächst ohne die hinzugefügten handschriftlichen Unterzeichnungen - und die Übergabe des Kriegsministeriums verlangte.

Leutnant Hamburger griff zu einer Kriegsliste. Er wies den Matrosen darauf hin, daß die Unterschriften der „neuen Regierung“ nur mit Maschine geschrieben, daher nicht beweiskräftig seien. Er gab dem Matrosen eine schriftliche Erklärung mit, das Kriegsministerium sei bereit, sich der „neuen Regierung“ zu übergeben, doch müßte ihre Proklamation erst handschriftlich unterschrieben sein. Er unterzeichnete diese Erklärung: „Unterstaatssekretär Hamburger.“

Der Matrose und seine Begleiter zogen nach dem Marstall zurück und kehrten nach geraumer Zeit richtig mit dem handschriftlich unterzeichneten Schriftstück zurück. Die Unterzeichnung geschah in Gegenwart der Matrosen. Leutnant Hamburger nahm das kostbare Dokument dankend an sich - vor einer Übergabe des Kriegsministeriums war aber freilich dann nicht mehr die Rede. Die dummen Teufel im Marstall waren einfach hineingefallen und hatten den vollen Beweis ihrer verbrecherischen Schuld in die Hand des Gegners gespielt. Es ist kennzeichnend für die zynische Gewissenlosigkeit, aber auch für den naiven Größenwahn Karl Liebknechts, daß er glaubte, er könne mit einem Federstrich das ganze Kriegsministerium zu Untrou, Meuterer und Rebellion verleiten.

Die mündliche Erklärung, die Eichhorn, Liebknecht und Pieck am selben 6. Dezember dem Leutnant Fischer gaben, es sei beschlossen, die Regierung nach an diesem Tage mit Gewalt zu stürzen, ist schon bekannt. Aber gesprochene Worte können abgeleugnet werden, Schrift

Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert - Scheidemann hat sich unmöglich

genacht. Die ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss der als Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt.

Der unterzeichnete Revolutions-Ausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

schließt Euch den Massnahmen des Revolutions-Ausschusses an.

Berlin, den 6. Januar 1919

Der Revolutions - Ausschuss

1. V. Ledebour, Liebknecht, Scholze

Handwritten signature: Paul Scholze

Handwritten text: i. V. des empfindlichen abwesenden

Handwritten signature: Ledebour

Handwritten signature: Liebknecht

Kameraden, Kampfgenossen!

Lafst Euch werben für den freiwilligen Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag!

Ein Befehl Noskes.

Der Oberbefehlshaber der regierungstreuen Truppen in und bei Berlin.

Berlin, 13. Januar 1919.

Neben dem Zusammenwirken der in Groß-Berlin einrückenden Regierungstruppen mit den dort bereits vorhandenen Truppen und Wehren.

1. Der Oberbefehl in und bei Berlin ist durch die Reichsregierung übertragbar. Ich erwarte alle militärischen Dienstleistungen, Truppenteile und Wehren meinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten.

Das Generalkommando Mittweil, das die regierungstreuen, freiwilligen Truppen führt, ist mir unterstellt. Außerdem treten zu meinem Hauptbestimmten Vertreter der Kommandantur Berlin für die Berliner Truppen und Wehren, damit die Einheitlichkeit des gemeinsamen Handelns gewahrt ist.

Dem Oberkommando geben die Weisungen an die einzelnen Abteilungen Berlin. In letzteren werden die Kommandeure der einzelnen Truppenteile beziehungsweise Divisionen der militärischen Wehren führen. Ihnen zur Seite werden ebenso wie beim Oberkommando bestellte Vertreter der im Abschnitt bereits tätigen regierungstreuen Truppen und Wehren eingesetzt. Diese Übermittlung ist zum gemeinsamen militärischen Zusammenwirken von den Kommandeuren der freiwilligen Truppen beziehungsweise Divisionen zu erlassenden Befehlen an die der Kommandantur unterstellten Truppen und Wehren.

2. Sämtliche regierungstreuen, freiwilligen Truppen, Berliner Truppen und Wehren tragen vom Tage des Einmarsches ab als Erkennungszeichen eine weiße Bluse (Taschentuch) am rechten Oberarm.

3. Die militärischen Verhältnisse Groß-Berlins werden entsprechend den von der Reichsregierung und den von K. und S. Rat genehmigten Verträgen zu erlassenden Bestimmungen geregelt werden.

Der Oberbefehlshaber Noske.

Das Spiel mit dem weißen Schreden.

Weil der Oberbefehlshaber Noske bei der Niederschlagung des verheerenden Spartakusaufstands auf die sachkundige Hilfe der Offiziere nicht verzichten wollte, mußte die Presse der Schuldigen wieder einmal das Gespenst der Kontroversen und des weißen Schredens an die Wand.

Daga ist folgendes zu sagen: Wie man eine Zeitung nicht ohne Redakteure machen kann (siehe Spartakus-Vorwärts), die Betriebe sich nicht rentieren können ohne sachkundige Betriebsleiter (siehe Volkswirtschafts-Rundschau), so können militärische Operationen nicht durchgeführt werden ohne militärische Fachleute. Das hat auch Spartakus eingesehen, der für ein Jahresgehalt von 50 000 M. einen — Zeugnis als militärischen Oberbefehlshaber zu gewinnen versuchte.

Da durch das Spartakus-Verbrechen leider notwendig gewordenen militärischen Handlungen hätten das Zeugnis an Menschengeld gefordert, wenn sie ohne sachkundige Leitung unternommen worden wären.

Offiziere und Mannschaften der republikanischen Truppen haben sich dem Oberbefehl eines sozialdemokratischen Arbeiters, des Genossen Noske, unterstellt, ohne dessen Genehmigung sie nichts unternahmen. Sie sind die Verpflichtung eingegangen, als Soldaten treu und gewissenhaft mit allen Kräften der demokratischen und sozialistischen Republik zu dienen. Das ist ein Beweis für die Macht, die die sozialdemokratische Arbeiterklasse heute in Deutschland ausübt, und alles oder denn ein Beweis für die drohende Gegenrevolution.

Niemand hat das Recht, diese Soldaten, Offiziere und Mannschaften, die ihr Wort versprochen haben, ohne weiteres des Eidbruchs und der Meuterei für schuldig zu halten. (Die Werte, die solchen Verdacht äußern, schließen vielleicht von sich auf andere.) Man sehe, die junge Freiheit der deutschen Republik von rechts her angreifen, während mit der gleichen Energie niedergeworfen werden wie die von links, wir haben vor ihnen nicht die mindeste Angst. Denn die Entscheidung in allen Machtkämpfen liegt letzten Endes doch immer wieder bei den Massen des Volkes, die weder von Spartakus-Terror noch von Junkerherrschaft etwas wissen wollen.

Das soll keine Drohung sein gegen Männer, an deren Verantwortlichkeit wir zu zweifeln keinen Grund haben, aber eine Widerlegung der bössinnigen Gerüchte, die so den Unruhdestisten in leicht zu durchschauender Absicht herumgetragen werden. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß niemand etwas anderes sein darf als ein Diener des Volkes, sowie sie sich selbst als nichts anderes betrachtet. Diesen Standpunkt wird sie vertreten und durchsetzen gegen jedermann!

Die drohende Entente-Minister.

Denkt auch daran!

Berlin, 13. Januar. Die deutsche Regierung hat heute durch die Waffenstillstandskommission in Spa den Vertretern der Entente über die schwelenden Finanzfragen folgende Note überreichen lassen:

Bei den in Mainz über die Anwendung des Artikels XIX des Waffenstillstandes stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das Höchstmaß dessen betrifft, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist.

Es werden darin ernstlich in äußerster Begrenzung Forderungen gestellt, die in keinem Zusammenhang mehr gebracht werden können zu dem Artikel XIX des Waffenstillstandes, wonach die Werte, die der Alliierten als Sicherheit für Entschädigungszahlungen dienen, nicht entzogen werden sollten. Die Forderungen der Entente können vielmehr lediglich dazu dienen, eine

finanzielle Sklaverei Deutschlands

der Entente gegenüber zu provozieren. Es wird darauf ist die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingeschränkt und zwangsmäßig ein Auslandsmonopolium Deutschlands herbeigeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jeder Ausfuhr fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht; es wird im Gegenzug zu dem keinerlei in Lizenzen ausdrücklich gemachten Zulassungen erteilt, daß die Genehmigung auch teilweise er-

forderlich sei, als ein deutsches Verfügungsverbot nicht bestehe. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche private im Ausland aufgenommen haben, soll genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Ausland Funktionen ausüben können. Die von der Reichsbank zu bewilligenden Darlehen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaueste Inventare und Verzeichnisse über alle nur irgendwie denkbaren Materialien verlangt.

Zweitens aber erntet sich der Ton der Note, aus dem die unerbittliche Härde spricht, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Ton, der bisher seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von der im geschichtswissenschaftlichen Verkehr durch das bestehende Diktum im einzelnen, in Artikel VIII erklärt, daß die Note nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich vorläufige Anweisungen des Finanzkommissars an die deutsche Regierung wiedergebe, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich jederzeit vorbehalten.

Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie anerkennen will, die Note anzunehmen.

Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Seite dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandes einen Weg finden werden, dem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet. Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, an dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Regierungen auf folgendes hinzuweisen: In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzuwachen, die Alliierten hätten die Wilsonschen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu vergewaltigen. Die Verheerung der Blockade, die Finauschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Absperrung zwischen dem linken und rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam. Im Vertrauen auf die Räte des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als notwendig angesehen und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinausziehen und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Eroberung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslust zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als

außerhalb jedes menschlichen Verständnisses

und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Vergebung der Völker erlösen müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gäbe.

Dr. Brodowski-Rangau.

Groß-Berlin.

Freiwillige zum Schutze der Nationalversammlung vor!

Das 3. Republikanische Garde-Regiment, Baumgasse 97/99, steht auf dem Boden der Nationalversammlung und ist entschlossen, dieselbe zu sichern, und für den Fall, daß Gewalt gegen die Nationalversammlung angewendet wird, den Schutz durch Waffen zu schaffen.

Es stellt Freiwillige in jeder Anzahl ein. Bedingung: Mindestalter 18 Jahre, inaktive oder auch aktive militärische Ausbildung, Führung und 3 Tage pro Tag freie Verpflegung, Bekleidung und Unterbringung.

J. E. Eberwie, Vorsitzender d. G. R. Rathaus, Leiter der Besetzung.

Der freiwillige Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Reichstoge ruft uns um die Mitteilung, daß niemand berechtigt oder beauftragt ist, persönlich Gelder oder Liebesgaben für das Offiziers-Entgelt zu sammeln. Geldbeiträge sind vielmehr ausschließlich an das Sonderkonto des Helferdienstes im Reichstoge dem Bankhaus Reichsrunder, Unter den Linden, einzuführen. Das Offiziers-Entgelt 1. St. und 4000 Demoskaten, doch werden weitere Anmeldungen im Reichstoge, Vorort V, entgegengenommen.

Wichtige Stunden eingeschlossen waren im Sportplatz der Genossen Dellmann, Ruttner und Viktor Schiff. Sie arbeiteten am Samstagabend gerade im Bureau der „F. F. R.“ und der „Soz. Rev.“, als die Garde einbrach. Erst am Montagmittag konnten sie und drei mit eingeschlossene weibliche Angestellte das Sportplatzhaus verlassen. Freiheit liegt über sozialistisches Kampfbild.

Eine Rostbandsbestimmung über erst. Unterbrechung der Elektrizitätslieferung. Der Rostbandsbesitzer Groß-Berlin verweist in einer Bekanntmachung auf eine Rostbandsbestimmung, wonach im Hinblick auf die zeitweilige Roblentnappeit bei Unterbrechung des ausgelassenen Stromverkehrs die Unterbrechung der Elektrizitätslieferung angeordnet wird.

Sicherheitsmaßnahmen am Tage der Wahlen zur Nationalversammlung. Der neue Polizeipräsident Richter gedenkt die Wahlen zur Nationalversammlung, die am Sonntag, den 19. stattfinden sollen mit allen ihm zu Gebote stehenden Maßnahmen zu schützen, damit sie einen ordnungsgemäßen Verlauf nehmen. Um jeden unberechtigten Eingriff, von welcher Seite er auch kommen mag, hintenzuhalten, werden die Wählerstellen durch ein starkes Sicherheitsaufgebot besetzt werden. Außerdem wird am Wahltag ein verstärkter Patrouillendienst eingerichtet werden, um auch den Wählern die Ausübung ihrer Pflicht zu ermöglichen und ihre persönliche Sicherheit zu schützen. Auf die Frage, wann das Polizeipräsidium als solches den Betrieb wieder aufnehmen könne hat Richter einen bündigen Bericht erstattet die recht drohtige Antwort gegeben: „Sobald die Sicherheitsverhältnisse, die uns am Sonntag und Montag im Auge gefasst, von einer Rostbandsbestimmung befreit sein wird.“ In einzelnen Abteilungen, die nicht von den Spartakisten besetzt

waren, und die infolgedessen weniger gelitten haben, wird bereits wieder gearbeitet. In den anderen Abteilungen herrscht reges Leben und Treiben, die Beamten sind vollständig zur Stelle und suchen unter Anwendung von viel Mühe und Fleiß Ordnung in das Chaos zu bringen.

Von den darüber den einzelnen Revieren Beigeordneten glaubt der Präsident in Zukunft abgeben zu können, da ja die Beamten sich geschlossen hinter der Regierung stellt und zu ihr zu halten gewillt ist.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Das Bureau der Bezirksorganisation Gr.-Berlin

befindet sich wieder Lindenstraße 3, 2. Hof. Telefon: Moritzpl. Nr. 364. Th. Fischer, 3 Trp.

Das Bureau des Sozialdemokratischen Vereins für Berlin befindet sich Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Trp. Telefon: Moritzplatz 11 575. H. Pattloch.

Wahlverein Schmagardorf. Nächste Mitgliedserversammlung am Mittwoch den 15. d. M. im Lokal „Deutsches Haus“, Preisstraße 34. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. Achtung, Frankfurt Viertel 15. Adl. Wabbeiser nötig. Meldung Donnerstag 8 Uhr abends im „A. Gewerkschaftshaus“, Alsbachstr. 11.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlen in Bayern.

München, 13. Januar. Bisher liegen von 191 wahlberechtigten Bezirksverwaltungsbehörden die einstufigen Wahlergebnisse für 147 Bezirksverwaltungsbezirke vor. Darnach entfallen auf die hauptsächlichsten Parteien: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 754 474, Sozialdemokratische Partei 636 433, Deutsche Volkspartei (Demokr.) 312 182, Bayerischer Bauernbund 250 288, Nationalliberale und bayerische Mittelpartei 96 168, unabhängige Sozialdemokraten 67 668, Mittelstandspartei 3130, Unteroffizierspartei 2236. Die Wahlergebnisse aus Augsburg, Jülich, Würzburg usw. fehlen noch. In der Annahme, daß durch die noch ausstehenden Resultate das Stimmverhältnis der einzelnen Parteien zueinander sich nicht erheblich verändert, dürften als Ergebnis der Wahlen auf die bayerische Volkspartei 55 Abgeordnete, auf die Sozialdemokratische Partei 50 Abgeordnete, auf die Deutsche Volkspartei 25 Abgeordnete, auf den Bayerischen Bauernbund 18, auf die Nationalliberalen 7 und auf die Unabhängigen 4 Abgeordnete entfallen.

Englische Offiziere in Leipzig.

Leipzig, 13. Januar. Heute ist eine Kommission englischer Offiziere hier eingetroffen, um die Ernährungsfrage der Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Öffentliche Wähler-Versammlungen

für Beamte, Lehrer usw.

am Dienstag, den 14. Januar, abends 7½ Uhr im Schwarzen Adler, Schönberg, Hauptstr. 144.

Thema: Der Beamte in der sozialistischen Republik.

Redner: Stadtsekretär Matern, Ingenieur Striemer.

für Handlungsgehilfen

am Dienstag, den 14. Januar, abends 7½ Uhr im Böhmischen Branhaus, Landberger Allee 12.

Thema: Die Handlungsgehilfen in der sozialistischen Republik.

Redner: Städtien, Fr. Bachenhelm, Docter.

für Angestellte der Elektro-Industrie

am Mittwoch, den 15. Januar, 4½ Uhr nachm. in den Sophienjalen, Sophienstr. 17-18.

Thema: Die Zukunft der Elektroindustrie und die Angestellten.

Redner: Martin Meyer, Kurt Schindler.

für Techniker

am Mittwoch, den 15. Januar, abends 7½ Uhr im Böhmischen Branhaus, Landberger Allee 12.

Thema: Die Techniker und der Sozialismus.

Redner: Heinrich Kaufmann, Hermann Reinsberg, Otto Schweizer.

Am zahlreichem Besuch bitten

Der Propagandaanschuss.

Im Straßenlampen in Berlin seit am 8. Januar 1919
der Sergeant
Stefan Kissing.
Nach 4½ Jahren Kriegsdienst heimgekehrt, stellte er sich als Freiwilliger erneut zur Verfügung seines Vaterlandes der republikanischen Sache. Er vertritt die Interessen der Arbeiter und Soldaten, der die kein Kampf um das Bestehen des Vaterlandes ist. Seine Aufgabe ist es, den Arbeiter und Soldaten ein Wort zu sagen.
Im Hause des Depots IV d. L. 1. H.
Logemann,
Repositoren.